

Von Monat zu Monat

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie**

Band (Jahr): **76 (1969)**

Heft 11

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von Monat zu Monat

Preisertifizierung gegenüber Japan

In letzter Zeit hat sich die allgemeine Ueberzeugung herausgebildet, dass das Instrument der Preisertifizierung gegenüber Japan im gegenwärtigen Zeitpunkt überflüssig geworden ist. Die an diesen Fragen interessierten Verbände der Textilindustrie haben nun eine gemeinsame Stellungnahme ausgearbeitet, die einerseits einen Verzicht auf die Preisertifizierung gegenüber Japan vorsieht, andererseits aber Anspruch auf gewisse Gegenleistungen enthält.

Demnach sollte sich die Textilindustrie mit der Aufhebung der Preisertifizierung gegenüber Japan einverstanden erklären, sofern bei einer allfälligen erneuten Häufung von billigen Textillieferungen aus Japan deren Wiedereinführung in Aussicht genommen wird. Die Einfuhren aus Japan sollen in Zukunft lediglich unter einem System der Preisüberwachung stehen. Das bedeutet, dass die Pflicht für Einzeleinfuhrbewilligungen weiterhin bestehen bleibt und stichprobenweise die Einfuhrpreise mit den schweizerischen Marktpreisen verglichen werden. Diese Ueberprüfung durch die Textiltreuhandstelle hätte jedoch keinen Einfluss auf die Erteilung der Einfuhrbewilligung, sogar, wenn grössere Preisunterschiede festgestellt würden. Das Ergebnis wäre den interessierten Fachverbänden mitzuteilen.

Ein neuer wichtiger Vorschlag ist die Einführung der Preisertifizierung (in Bezug auf die bisher für Japan gültigen Zollpositionen) gegenüber der Volksrepublik China und Nordkorea sowie gegenüber Taiwan. Ferner sollten von dieser Preisertifizierung auch Waren aus Hongkong erfasst werden. Schliesslich soll die für Japan neu vorzusehende Preisüberwachung auch für Südkorea und Indonesien gelten. Diese Anträge sollen den Organisationen des Importhandels und des Detailhandels unterbreitet und alsdann Schritte zu deren Realisierung unternommen werden.

Keine Aufwertung des Schweizer Frankens

Der Bundesrat hat bekanntgegeben, dass er den Kurs des Schweizer Frankens trotz der am freien Markt zustande gekommenen DM-Aufwertung nicht ändern wird. Eine Paritätsänderung des Schweizer Frankens – dieser entspricht heute 0,203 g Reingold – wäre wegen des geltenden Münzgesetzes nur schwer zu realisieren. Ein Aufwertungsbeschluss könnte nämlich nur vom eidg. Parlament getroffen werden, das zu diesem Zeitpunkt wohl mittels Telephons, Telegraphs und Radios zu einer Wochendend-Sondersitzung einberufen werden müsste, weil nur dann die Banken und Devisenmärkte geschlossen wären. Die Ankündigung einer entsprechenden Revision des Münzgesetzes würde andererseits vermutlich zu einer schwerwiegenden internationalen Spekulation mit Schweizer Franken führen. Eingeweihte Kreise glauben, dass unter diesen Umständen das Parlament im Falle des Bestehens wirklicher Gründe für eine Auf- oder Abwertung wahrscheinlich übergangen würde, unter Verletzung der gegenwärtigen Rechtsordnung. Vorläufig scheinen aber solche wichtigen und wirklichen Gründe nicht zu bestehen. Immerhin ist doch nicht zu vergessen, dass der gegenwärtige

Konjunkturaufschwung vor allem vom Ausland her bestimmt wird. Die Exporte haben sich im 2. Quartal 1969 um 17,6 % verglichen mit der Vorjahresperiode erhöht und sind der wichtigste Wachstumsfaktor.

Seilziehen um französische Grenzgänger

Mehrere 10 000 französische Arbeiter und Arbeiterinnen kommen täglich über unsere Landesgrenze, um in der schweizerischen Industrie zu arbeiten. Sie sind vor allem in der Uhrenindustrie tätig, aber auch in grenznahen Betrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie. Noch in den fünfziger Jahren herrschte im benachbarten französischen Grenzgebiet Arbeitslosigkeit. Die Löhne waren niedrig, während auf schweizerischer Seite bedeutend bessere Löhne bezahlt wurden. Jetzt, da sich die französische Wirtschaft wieder in einem Aufschwung befindet, unternehmen die französischen Arbeitgeber alles, um diese Abwanderung von Arbeitskräften zu bremsen. Bis in die Regierung hinauf werden Massnahmen getroffen, um die Grenzgänger zur Arbeitsaufnahme in Frankreich zu beeinflussen. Die Grenzgänger werden an der Grenze ständig strengen Kontrollen unterworfen, man will sie zu Abgaben an den französischen Staat zwingen, die 24 % des Lohnes ausmachen, und man beschuldigt sie, ihrem Lande zu schaden. Die schweizerische Industrie in diesem Grenzgebiet ist über diese Tendenzen sehr besorgt, und auch der neuenburgische Staatsrat hat sich in diesem Sinne geäussert. Diese Schwächung des Arbeitspotentials der grenznahen Industrie kommt in einem Moment, da auch die Jahresaufenthalter schwerer erhältlich sind und allgemeine Bestrebungen im Gange sind, den Fremdarbeiterbestand eher zu senken. Waren die grenznahen Betriebe längere Zeit in einer vorteilhafteren Lage als die im Landesinneren gelegenen Firmen, so sind sie jetzt, was die französischen Grenzgänger betrifft, um so mehr Schwierigkeiten ausgesetzt.

Expansion durch Grosseinkaufszentren

Es ist eine bekannte Tatsache, dass sich der sogenannte tertiäre Sektor (Handel, Banken, Versicherungen, Detailhandel und andere Dienstleistungen) rasch ausgedehnt hat, und zwar auf Kosten der Industrie, der die abgewanderten Arbeitskräfte schmerzlich fehlen. So sind in der Nähe von Zürich neuerlich zwei Rieseneinkaufszentren im Entstehen. Es handelt sich um die Grosseinkaufszentren Spreitenbach und Glatt. Das Zentrum Spreitenbach soll ein Gebiet zwischen der Stadt Zürich und der Industrieagglomeration Baden erfassen, das heute rund 200 000 Menschen umfasst. Im Einkaufszentrum Spreitenbach werden folgende Firmen Schwerpunkte bilden: ein ABM mit rund 4000 m² Verkaufsfläche, ein Warenhaus der Gruppe Maus frères, ein Migrosmarkt, repräsentative Detailhandelsgeschäfte verschiedener Branchen, dazu ein Kinderparadies, Banken, Reisebüro, Kino, Restaurants, Hallenbad, Coiffeursalon, Waschsalon, Tankstelle, Autowaschanlage und rund 1600 Parkplätze. Die Eröffnung ist auf März 1970 vorgesehen.

Das riesige Areal für das Supereinkaufszentrum Glatt liegt am Schnittpunkt der wichtigsten Verkehrsader der Region Ostschweiz und in nächster Umgebung von Kloten. Finanziell wird dieses Zentrum getragen von Migros, Jelmolli und Globus. Neben der Projektierung durch diese drei Grosse

firmen sind Shoppingcenterspezialisten aus dem Ausland herbeigezogen worden, um ein in jeder Beziehung umfassendes Einkaufszentrum aufzubauen, und zwar auf der Basis von 3000 Parkplätzen. Die Eröffnung ist auf 1973 geplant.

Bekämpfung der Schwarzenbach-Initiative

Es zeigt sich immer mehr, dass es grosser Anstrengungen bedürfen wird, um die Ueberfremdungsinitiative von Nationalrat Dr. James Schwarzenbach wuchtig abzulehnen. Nicht nur die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen sind im Volk noch zu wenig bekannt; auch die Schädigung des Ansehens der Schweiz im Ausland wird viel zu wenig in Rechnung gestellt. Leider kommt in vielen Kreisen heute auch eine gewisse Industrie-feindlichkeit zum Ausdruck, die sich in einer wohlwollenden Haltung gegenüber der Schwarzenbach-Initiative niederschlägt. Die Wirtschaft wird grosse Anstrengungen unternehmen, um diese untaugliche Initiative zur Ablehnung zu bringen. Es bedarf aber dazu, wie kürzlich an einer Zusammenkunft massgebender Organisationen bekanntgegeben wurde, der Mitarbeit aller Kader der Wirtschaft. Es ist in Aussicht genommen worden, die nötigen Unterlagen herzustellen, um allen Mitarbeitern der Betriebe zu ermöglichen, ihrerseits an der Bekämpfung mitzuwirken. R/H

Kritisch beobachtet - kritisch kommentiert

Vaterlandslose Gesellen

Sie verachten die schweizerische Demokratie als Herrschaft des «Establishment»; sie wollen die bestehende «repressive» Gesellschaftsordnung zerstören; sie höhnen über Begriffe wie Heimat und Vaterland; sie weigern sich, in der Armee Dienst zu tun – noch nie machten sich solche Gruppen so lautstark vernehmbar, zum Teil merkwürdig wohlwollend unterstützt durch Massenmedien. Sie nennen sich progressiv, Non-Konformisten, Chinesen, marxistisch-leninistisch, trotzkistisch, anarchistisch oder auch «die Verlausten». Alle haben ein Ziel gemeinsam: die Veränderung der bestehenden, freiheitlich-demokratischen und vaterländischen Einstellung und Ordnung, in der sie sich als Fremdkörper fühlen.

Ein aktiver Oberstkorpskommandant hatte kürzlich den Mut, die Leute, die an der Schweiz und an ihrem Vaterland keinen guten Faden lassen, aufzufordern, dorthin zu verreisen, wo ihr Ideal verwirklicht sei. Da sich in der Armee eigentlich der schweizerische Staatsgedanke am stärksten manifestiert, ist die Armee auch am stärksten unter den Beschuss dieser radikalen Minoritäten geraten. Es ist Mode geworden, aus politischen und ideologischen Gründen den Dienst in der Armee zu verweigern, etwa unter dem Motto «Make love, not war». Selbstverständlich würden die meisten lieber die Liebe als einen Krieg machen. Es wird dann noch wehleidig beklagt, dass Dienstverweigerer mit Gefängnisstrafe, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, belegt werden. Gefängnisstrafen sind in der Tat vielleicht nicht das Richtige: unseres Erachtens sollte man diesen Leuten das Schweizer Bürgerrecht entziehen. Wenn sie den schweizerischen Staat grundlegend ablehnen und die schwierigste Pflicht, die er mit sich bringt, verweigern, wäre es die logische Folgerung, dass man sie aus dieser Gemeinschaft ausschliesst (Dienstverweigerer aus richtigen religiösen Gründen bilden vielleicht eine spezielle Kategorie).

Schlimm scheint es uns auch, wenn wegen innerpolitischer Auseinandersetzungen sogar Offiziere ihre Loyalität gegenüber Vaterland und Heimat in Frage stellen, wie dies über 30 jurassische Offiziere in einem Brief an den Bundesrat taten. (Unser Titel betrifft diese nicht!) Dieser reagierte allzu schwach. Bei derart grundlegenden Fragen kann nur mit einer festen Haltung dem Krebsübel einer um sich greifenden Aufweichung der Gesinnung begegnet werden. Es darf nicht einreissen, dass wegen politischer Differenzen, die in einer Demokratie normal sind und auf demokratischem Wege ausgetragen werden müssen, die Grundlagen des schweizerischen Staates in Frage gestellt werden.

Oft ist sicher ein Schuss Idealismus vorhanden, wenn die Begriffe Vaterland und Heimat als veraltet erklärt und Begriffe wie Weltfrieden, Entwicklungshilfe und Internationalismus als das heute Wesentliche bezeichnet werden. Aber das heutige internationale Chaos und die Wirren in den vielen neu geschaffenen Staaten zeigen, dass es noch eine grössere und vor allem realisierbare Aufgabe ist, eine menschenwürdige Zukunft im eigenen Land zu schaffen und zu erhalten. Diese Erhaltung schliesst selbstverständlich die dauernde Bereitschaft und Durchführung von Reformen in sich. Wenn einmal der Friede, die persönliche Freiheit, die Wohlfahrt und die Unabhängigkeit des eigenen Landes gewährleistet sind, hat man schon einen sehr grossen Beitrag an die internationale Entwicklung geleistet. Und wenn dies in allen Ländern getan würde, würde automatisch ein friedlicher internationaler Zustand daraus resultieren. Auch hier gilt, dass man im eigenen Hause zuerst verwirklichen soll, was man im weiteren Bereich anstrebt.

Wir glauben auch, dass das Zusammenleben nicht nur von Vernunftgründen und Ideologien bestimmt sein sollte, sondern dass in jedem Land auch die Liebe zur Heimat und zum Vaterland als Grundlage für den Aufbau und das Bestehen eines gesunden Staates entscheidend ist. Das bedeutet noch nicht Nationalismus und auch nicht Hass gegen andere Staaten, sondern das, was Gottfried Keller in damals stürmischen Zeiten kurz und bündig gesagt hat: «Achte jedes Mannes Vaterland, das Deinige aber liebe.»

Spectator

Betriebswirtschaftliche Spalte

Die Ueberlebenschance im Käufermarkt

Anton U. Trinkler

Wer wachsen will, muss (viel) mehr wissen

Rendite ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Rendite! Die Konsequenz dieser Aussage geht unter das Gilet, und mancher Unternehmer unserer Textilindustrie kann deren Richtigkeit aus eigener Anschauung beweisen.

Unsere täglichen Erfahrungen im Zusammenhang mit Erfolgsanalysen, die ihren Niederschlag in der Begutachtung der Existenzfähigkeit und der Existenzberechtigung einer Unternehmung finden können, weisen mit unübersehbarer Nachhaltigkeit immer wieder darauf hin, dass eine Vielzahl von Unternehmern, Direktoren und Verkaufsleitern den Erfolg nur in einer Umsatzerweiterung gewährleistet sehen. Dieses reine Umsatzdenken kann indessen zu einer Kata-

Korrektur: Im Artikel «Kennen Sie Ihren Toten Punkt?» in Nr. 11/69, hat sich in der Formel auf Seite 363 oben rechts ein Fehler eingeschlichen. An die Stelle der Prozentzeichen gehören Minuszeichen.